

Nachrichten für Naumburg

und Umgegend

(Abrechtshain, Amelsbain, Deusa, Dorsdorf, Eicha, Erdmannsbain, Fuchsbain, Groß- und Kleinfeldberg, Klinga, Köhra, Lindhardt, Domsen, Staudisch, Threna usw.)
Dieses Blatt ist amtliches Organ des Stadtrates zu Naumburg; es enthält Befehlsgebote des Bezirksverbandes, der Amtsgerichtsmannschaft Grimma und des Finanzamtes zu Grimma nach amtlichen Veröffentlichungen.

Erscheint wöchentlich 3mal: Dienstag, Donnerstag, Sonnabend, nachmittags 4 Uhr.
Bezugspreis: Monatlich ohne Auslagen 1.55 Mk., Post ohne Bestellgeld monatlich 1.55 Mk. Im Falle höherer Gewalt, Krieg, Streik oder sonstiger Störungen des Betriebes, hat der Bezahler keinen Anspruch auf Lieferung oder Rückzahlung des Bezugspreises.



Anzeigenpreis: Die 6spaltige Zeile 20 Pfg., 4spaltige 30 Pfg., 2spaltige 40 Pfg., 1spaltige 50 Pfg. (Abz. 50 Pfg. Tabell. Satz 50% Aufschlag. Bei unendlichen geschriebenen sowie durch Fernsprecher aufgegebenen Anzeigen sind wir für Irrtümer nicht haftbar.)

Vertraut: Amt Naumburg Nr. 2

Druck und Verlag: Güntz & Cule, Naumburg bei Leipzig, Markt 3

Nummer 139

Sonnabend, den 17. November 1928

39. Jahrgang

Panzerkreuzer A wird gebaut

Ersatz „Preußen“ bewilligt.

Sozialdemokratischer Einstellungsantrag abgelehnt.

Der Antrag der Sozialdemokraten auf Einstellung des Baues des Panzerkreuzers A wurde mit 255 gegen 203 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Berlin, 16. November.

Was es die heute bei Beginn der Sitzung fast schon unerschütterlich feststehende Tatsache, daß der unfruchtliche Kreuzer am Ende der Beratungen bewilligt werden würde, war es die Erkenntnis der Unmöglichkeit weiterer Erregung in sachlichen Fragen — jedenfalls bei dem Haus ein Bild größerer Ruhe und vermehrter Reizung, die Auseinandersetzungen über den Schiffbau auf einer dem Ansehen des Parlaments besser angepaßten Höhe zu halten. Zwar machten sich die Gemüter auch dann und wann noch explosiv Luft. Aber immerhin kam es nicht zu Beschimpfungen und direkter persönlicher Beleidigungen, wie man sie am Donnerstag erlebt hatte. Der deutsch-völkischparteiliche Abgeordnete Brückner wandte sich nochmals gegen die gestern von dem Sozialdemokraten beibehaltenen Wendungen und meinte, mit dem Antrag der Sozialdemokratischen Partei sollte eine Diktatur der Minderheit aufgedrückt werden. Auch der demokratische Redner Lemmer konnte sich mit der Art der Beweisführung des Abg. Weis nicht einverstanden erklären und wies darauf hin, daß der Zwiespalt zwischen der Sozialdemokratischen Partei und ihrer Vertretung in der Regierung nirgendwo verstanden werden würde. Die Demokraten seien der Ansicht, das neue Kabinett wäre keineswegs an die Beschlüsse des früheren Reichstages gebunden gewesen, und in Zukunft müsse erneut geprüft werden, ob weitere Kräfte zu bewilligen seien. Nicht durch militärische Nachmittel, sondern durch sozialen Fortschritt und kulturelle Lebendigkeit sei unser Volk wieder in die Höhe zu bringen. Große Aufmerksamkeit fanden dann die von hoher Partei aus gehaltenen Darlegungen des früheren Reichskanzlers Dr. Wirth, der im Namen des Zentrums sprach und den gestrigen Tag mit seinen unerfreulichen Erscheinungen bekräftigte, weil an ihm sich eine Krise des deutschen Parlamentarismus offenbart hätte. In Zukunft müsse die Herausarbeitung einer klaren und durch seine Gegenströmungen aus dem eigenen Lager beherrschten Haltung der Regierung gefunden werden. Im Interesse der deutschen Demokratie und der Deutschen Republik sei eine Wiederholung solcher Vorformnisse wie jetzt eine Unmöglichkeit. Mit nicht milderer Entschiedenheit betonte die zweite große Rede des Tages, diejenige des sozialdemokratischen Abgeordneten Dr. Breitfisch, es gebe weniger um die Probleme, die Herr Wirth einigermaßen gemüßigt angedeutet habe. Nach Breitfischs Ansicht müsse in allen Angelegenheiten die grundsätzliche Entscheidung dem Parlament vorbehalten bleiben. Würde man diesen Gesichtspunkt in den Vordergrund, so würden alle zweifelhaften Sachverständigenurteile und dergleichen ins Nichts entschwinden wäre nur das persönliche Gewissen des Abgeordneten und dieser müsse allein oder im Verein mit seiner Partei den letzten Ausschlag geben. Das sei keine Krise des Parlamentarismus, das sei vielmehr die Hochhaltung des praktischen Parlamentarismus gegenüber bloßen theoretischen Fiktionen.

Unter den weiteren kürzeren Reden war noch beachtlich diejenige des Abgeordneten Dr. Fehr vom Bayerischen Bauernbund, der im Namen seiner Partei die Anträge gegen den Kreuzerbau ablehnte, obwohl der Bauernbund früher unter den Reinfahrern gewesen ist. Rechtmäßig beschlossene Ausgaben könnten, sagte Abg. Fehr, nicht durch einen Regierungswechsel umgehoben werden.

Nach diesem Redner vollzog sich der weitere Abgang bis zur Abstimmung. Dann durfte man sich allgemein Ruhe gönnen.

Verstimmungen und Entladungen.

Berlin, 16. November.

Wo Holz gehauen wird, fallen Späne, manchmal auch nur Späne, die für das nervöse Auge recht gefährlich sind in die Luft emporgeschleudert, dann aber bald matt auf die Erde zurückfallen und damit ihrer ansehnlichen Bedeutung entleert sind. Als der Führer der Sozialdemokratie, Weis, am Donnerstag mit so heftigen Worten gegen die Bewilligung des Panzerkreuzers stritt und dabei den unwürdigen Keulenschlag dem feineren Florettstil vorzog, schütteten besonders die Zentrumsmitglieder und die Deutsche Volkspartei sich ob dieser Kampfmittel ab und sprachen das auch unabweislich in der Sitzung selbst dem Reichskanzler, dem Fraktionsgenossen des Abg. Weis, gegenüber aus. In einer Kabinettsitzung, die der Reichstagsberatung alsbald, wie man hört, auf Verreiben des Zentrums, folgte, wurde die Rede Weis' ebenfalls besprochen und in einer erneuten Kabinettszusammenkunft am Freitag morgen kam die Empörung der bürgerlichen Parteien über die maßlose Weise des Abg. Weis, mit der dieser als Vertreter der härtesten Regierungspartei gegen den von der Regierung gedeckten und von der Mehrzahl der Koalitionsparteien befürworteten Kreuzerbau anging, zum Ausdruck. An dieser Beratung nahmen die Führer der Regierungsparteien teil. Nachher traten sowohl der sozialdemokratische Parteivorstand wie die Zentrumstraktion zusammen und stellten weitere Erwägungen an. Jedoch brang schließlich die Ansicht durch, daß es am besten sei, den Zwischenfall nicht weiter zu verfolgen und ihn in Anbetracht der wichtigeren Dinge, die zu erledigen seien, als nebensächlich abzutun. Auch andere Klassen, die von der Anfangserregung aufgetrieben wurden, z. B. die Anträge, die Dames-Extrakte zur Stärkung der deutschen Wehrmacht zu verwenden, könnten ja nicht weiter als sehr ernsthaft betrachtet werden. Derartige Vorkläge erledigten sich nach Ansicht der Reichstagsmehrheit von selbst.

In dem Einleitungsgebot vom Donnerstag trat besonders noch der Abgeordnete Treitzner für die Deutschnationalen Volkspartei auf den Plan. Wenn der sozialdemokratische Antrag Annahme fände, so würde dieses Ereignis als ein überaus schwarzer Tag der deutschen Geschichte zu verzeichnen sein, ähnlich demjenigen im Jahre 1851, an dem die deutsche

Flottenabteilung die Auflösung der Nordflotte beschloß. Damals brandmarkte man den beauftragten Herrn Fischer als Totengräber, heute würde diese zweifelhafte Titulatur Herrn Weis zufallen. Treitzner gab einen eingehenden Überblick über die Geschichte und die Notwendigkeit des jetzigen Panzerkreuzerbaues. Er war nicht der Ansicht, daß sich unter den gewählten Politikern jemand befände, der wirklich an eine Flottenabrüstung der großen seefahrenden Nationen in absehbarer Zeit glaube. Nichtsdestoweniger wäre es, den Erfolgen unserer veralteten U-Boote länger zu verzögern. Es ginge auch gar nicht, meinte der Redner, um den Panzerkreuzer allein, hier stehe die Frage des Wehrgebäns überhaupt im Vordergrund. Da gäbe es nur eine reinliche und grundsätzliche Entscheidung, um die Stimmung des Niederganges und der seelischen Verbüdung zu überwinden. Frieden um jeden Preis, aber auch um jeden, könne nicht die Lösung des wahrhaftigen Deutschen sein. Gegenüber den sozialdemokratischen Ministern erinnere er an das Wort August Bebel's am 20. April 1907 in Berlin: Der Führer, der nicht den Mut hat, gegen den Willen der Massen seine eigene Überzeugung zu vertreten, weil er sie für die Sache dienlich hält, der ist in meinen Augen ein elender Kerl.

Diese Ausführungen des deutschnationalen Redners riefen den Reichskanzler Müller abermals ins Gedächtnis. Die Angelegenheit des Kreuzers sei nicht eine solche, die von dem gegenwärtigen Kabinett dem Hause vorgelegt werden sei, sondern nur eine Erbbschaft der vorigen Regierung, die man verwalten müsse. Das Kabinett habe nur gemäß der Staatsgesetzgebung und der Haushaltsordnung gehandelt. Es sei nur selbstverständlich, wenn die einzelnen Mitglieder des Kabinetts ihre persönlichen Auffassungen zum sozialdemokratischen Antrag wärdten. Innerhalb der Regierung sei dem Reichswehrminister lokal die Möglichkeit gegeben worden, seine Ansichten auszusprechen und zu verteidigen, mehr könne nicht verlangt werden. Die Abstimmung im Kabinett vom 10. August, bei der die Finanzgriffnahme des Kreuzerbaues genehmigt wurde, sei keine materielle gewesen. Auf einen Antrag des Abgeordneten Grafen Belsart erwidert der Reichskanzler in großer Erregung, Graf Belsart's Partei, die sich bei der Abstimmung über die Dames-Gesetze gespalten habe, besitze kein Recht, andere Leute der Unrechtheit zu bezichtigen. Die Sozialdemokratie lehne den Wehrgeheimen nicht ab und sei auch keineswegs für einen Frieden um jeden Preis. Aber das Fortbestehen der Regierung hätten zu entscheiden nur das Kabinett und das hohe Haus, und dieses könne ja zu jeder Zeit ein Misstrauensvotum einbringen. Niemand werde er aber Anschläge von Herrn Treitzner über sein Verbleiben oder seinen Rücktritt entgegennehmen.

Große Heiterkeit entfiel, als unmittelbar nach diesen Sätzen die Kommunisten ein Misstrauensvotum gegen das Kabinett Müller und ein besonderes gegen den Reichswehrminister einbringen. Nach kurzer Erklärung des Abg. Reich von der Bayerischen Volkspartei, diese werde die vorliegenden Anträge ablehnen und die Konsequenzen aus den entstandenen Situation den Antragstellern überlassen, ist die Zeit der wohlwärtigen Verjagung gekommen.

Eine wichtige Zentrumserklärung.

Herr Dr. Wirth (Str.) führte aus, der gestrige Tag sei für ihn ein Tag bitterer Erfahrung gewesen. Man könne jetzt von der

Krise des Parlamentarismus

auch in Deutschland sprechen. Die Zentrumstraktion habe die klare Frage an ihn gerichtet, ob er bereit sei, heute namens der Fraktion zu sprechen, um an die Regierungshand und die hinter der Regierung stehenden Parteien die Frage zu richten, wie es in Zukunft mit dem parlamentarischen System und der Herausarbeitung einer klaren Verantwortung werden solle. Früher hätte man ein Gegenüber von Regierungsparteien nur bei Reichstagsberatungen gehabt, und zwar in den Fragen der Außenpolitik. Das Zentrum habe sich gestern aufreißend um dieses Stadium willen gegenständig gelöst, daß ein zweites Mal wie der gestrige ein Misstrauensvotum in Form eines Antrages und unserer Wille zur Folge haben werde (große Bewegung). Ziel und Bewegung der deutschen Außenpolitik bei ihrer heutigen Lage sei es, im Namen des Rechts, dem deutschen Volk durch Arbeit

die nationale Freiheit zu verschaffen.

Auch seine politischen Freunde ließen sich durch nichts, auch nicht durch Denkschriften, von einer kritischen Nachprüfung der mit der Panzerkreuzerbaugesellschaft verbundenen kommenden Entwicklung abhalten. Es müsse heute

die endgültige Vereinigung der vergifteten politischen Atmosphäre

herbeigeführt werden im Hinblick auf die Entscheidungen, die im Laufe des Winters in bezug auf Meer und Marine zu treffen seien. Die Zentrumstraktion habe sich für die Ablehnung des sozialdemokratischen Antrages entschieden, weil sie im Interesse des deutschen Volkes eine politische klare Situation wolle und weil ein neuer Wahlkampf für oder gegen den Panzerkreuzerbau eine vollkommen solche Parole vor dem Volk sein würde. Man müsse sich darüber klar sein, daß auch bei Annahme des sozialdemokratischen Antrages die Einstellung des Baues nicht erfolgen würde.

Das deutsche Volk sei der Krisenmacher nicht mäßig.

Wenn die Sozialdemokraten ihr Misstrauen nicht zurückziehen könnten, sehe man trübe der Entwicklung entgegen. Seine Partei bitte die Sozialdemokraten, ihr klar zu sagen, daß mit der Ablehnung des Antrages das Problem des Panzerkreuzers von der politischen Plattform verschwinde. Sei diese Vereinigung nicht möglich, dann werde die Krise schließliche Formen annehmen. Es sei besser im Interesse der politischen Entwicklung, wenn sie heute zum Ausdruck käme. Wenn man das Wehrproblem — so schloß der Redner — zum Gegenstand gewissenhafter Prüfung machen wolle, dann sei man sich gleichzeitig über die Bedeutung der Friedensbewegung klar. Es gelte gerade in den nächsten Wochen, zu zeigen, wie unter dem Gebanten des Rechts der

Gebante des Friedens in der Welt unter deutschem Namen und deutscher Mitarbeit gefördert werden könne. Dazu sei es aber nötig, daß der Panzerkreuzer aus der politischen Debatte verschwinde. (Beifall im Zentrum.)

Die Abstimmung.

Vor der Abstimmung erklärte der Abg. Joss (Str.), daß bisher einige Mitglieder seiner Partei von der Zweckmäßigkeit des Baues des Panzerkreuzers nicht überzeugt gewesen seien, daß sie aber bei der jetzigen Situation und infolge der Begründung durch den sozialdemokratischen Abgeordneten Weis mit der Fraktion gegen den Antrag stimmen werden. Der sozialdemokratische Antrag wurde darauf mit 255 Stimmen gegen 203 Stimmen bei 8 Stimmenthaltungen abgelehnt.

Verschiedenes Spiel.

Deutsche Schauspielkunst. — Die „Entente mit Deutschland“. — Tragödie im Ruhrgebiet.

Man wird bald ernsthafte Zweifel darüber hegen können, wo heututage besser Theater gespielt wird: auf den Brettern, die, wie man zu sagen pflegt, die Welt bedeuten, oder auf der Bühne, die sich die Männer der großen Politik zurechtimmern, um vor ihren Wählern, vor der Menschheit die schicksalsschweren Fragen zu behandeln, vorwärtszubringen, wenn möglich sogar zu entscheiden, denen ihre Lebensarbeit gewidmet ist.

Der deutschen Schauspielkunst wird von den vielen Fremden, die unser Land in diesen Herbstwochen wieder aufsuchen, immer mit neuer Bewunderung schärfer überschmängliches Lob gesendet. Die Meisterhaftigkeit der Menschendarstellung, der man nicht etwa bloß in hauptsächlichsten Theatern begegne, sei vollkommener überhaupt nicht mehr vorstellbar. Und wenn man von diesem Schein auf das innere Sein des deutschen Volkes schließen dürfe, so hätten wir in dieser Beziehung jedenfalls unsere Überlegenheit gegenüber den vor zehn Jahren siegreich gebildeten Nationen durchaus behauptet. Wir wollen diese Schmeicheleien so ernsthaft nehmen, wie sie gemeint sind, und dazu nur die Anmerkung machen, daß es nicht minder erfreulich wäre, wenn auch die Theaterstücke von heute den Wettbewerb mit denjenigen aus der Vorkriegszeit oder doch mit denjenigen, die unsere ehemaligen Kriegsgegner gegenwärtig der Welt zu bieten haben, einigermaßen aushalten könnten; vorläufig sind wir wohl zu dem Eingeständnis verpflichtet, daß bei unseren Bühnenauftritten zwar der Wille zumeist sehr gut, die schöpferische Leistung jedoch sehr verbesserungsbedürftig ist.

Auf der Bühne der großen Politik dagegen werden in unseren Tagen ungewisselhaft Stücke zum besten gegeben, die sich neben denjenigen früherer Jahrzehnte sehr gut sehen lassen können. So zum Beispiel, wenn der gegenwärtige Leiter der britischen Außenpolitik allen Ernstes seinem Publikum einreden will, die Entente, wie sie gegenwärtig zwischen England und der Französischen Republik bestehe, unterscheide sich von ihrer Vorgängerin, mit der beide Reiche in den Weltkrieg hineingegangen sind, nur durch die eine Kleinigkeit, daß sie auch — Deutschland umfasse. Der wohlverdiente Heiterkeitserfolg dieser Liebeserklärung aus dem Mund eines ausgesprochenen Deutschenfeindes wird manchen wahrhaftigen Bühnenleiter gewiß mit stillen Reueempfindungen erfüllt haben. Oder wenn Poincaré zornentbrannt dem Präsidenten der Republik seine Entlassung einreicht, nachdem es seinen eigenen überaus geschickten Anträgen endlich gelangt war, den vier Linksmministern, die ihm in seinem Kabinett mehr und mehr unbehaglich geworden waren, ein Bein zu stellen, so hätten mit den Nachleuten auch die Laten eigentlich das Genie eines Mannes bewundern sollen, der es so ausgezehret verneht, Verwirrung zu stiften, wo er sie gerade für seine Zwecke nötig hat, und sie wieder in Klarheit zu verwandeln, wenn er die Lösung des künstlich geschürzten Knotens wieder für geboten hält. Der durch ein rasch hingeworfenes Wort die Meute der öffentlichen Meinung, die hinter ihm her ist, plötzlich auf eine ganz neue Spur zu lenken weiß, mit dem Erfolge, daß heute sich schon überall die Anschauung festzusetzen beginnt, Herr Poincaré werde nach Weihnachten oder um Neujahr herum die deutsche Reichshauptstadt mit seinem Besuch beehren, um hier an der endgültigen Regelung der Kriegsschuldenfrage tätigen Anteil zu nehmen.

Und bei uns in Deutschland? Sind etwa diejenigen im Recht, die behaupten, der sozialdemokratische Antrag gegen den Panzerkreuzer sei nur ein gut gewählter Film, dazu bestimmt, über die Erkenntnis hinwegzutäuschen, daß die Reichsregierung sich innerlich längst schon mit dem durch den vorigen Reichstag beschlossenen Geschwaderbau abgefunden habe? Oder liegt die Erklärung näher, daß die echt deutsche Reizung zur Rechtsabkehr um jeden Preis hier wieder einmal Parteien auseinanderzubringen droht, die grundsätzlich zu gemeinsamer politischer Arbeit, wenigstens auf Zeit, entschlossen sind? Wenn ein Volk, so ist gewiß das deutsche von aufrichtiger Friedenssehnsucht erfüllt, und doch will es nicht gelinuen, in unserer eigenen Mitte auch nur notdürftig